EUROPÄISCHE INTEGRATION 08.02.2016 | Alexander Schellinger

Der Widerspenstigen Zähmung

Wir brauchen einen Euro-Finanzminister – aber nicht irgendeinen.

Vor einigen Tagen haben der Präsident der Deutschen Bundesbank Jens Weidmann und sein französischer Amtskollege François Villeroy de Galhau die Berufung eines Euro-Finanzministers und die Schaffung einer „Finanzierungs- und Investitionsunion“ gefordert. Der Vorschlag hat für einiges Stirnrunzeln gesorgt, denn die Bundesbank ist ansonsten dafür bekannt, stets eindringlich vor den „Gefahren der Vergemeinschaftung von Finanzrisiken“ zu warnen. Und das nicht erst seit der Eurokrise, sondern seit mindestens drei Jahrzehnten.

Mit seinem Richtungswechsel liegt der Bundesbankchef, der früher auch europapolitischer Berater der Bundeskanzlerin war, freilich voll im Trend. Vor nicht einmal einem halben Jahr haben Sigmar Gabriel und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron ganz ähnliche Vorschläge erarbeitet – von Wolfgang Schäuble ganz zu schweigen. Bekanntlich spricht dieser seit geraumer Zeit von einem Euro-Finanzminister mit eigenem Budget und sogar einer EU-Steuer.

Sind sich also alle einig? Ganz so einfach ist es nicht. Das Hauptproblem dieses Lösungsvorschlags ist, dass die Debatte zur Reform des Euro weiterhin als rein technische Debatte (dazu eine aktuelle FES-Studie) unter Experten geführt wird. Die Bürgerinnen und Bürger bleiben außen vor. Dabei geht es meist um die „Konstruktionsfehler“ und die „Funktionsfähigkeit der Währungsunion“ und gerne auch um „automatische Stabilisatoren“.

Wenn aber die vergangenen Jahre des Euro-Krisenmanagements einen Schluss zulassen, dann den, dass technokratische Lösungen demokratischer Verantwortlichkeit entgegenstehen. Am Ende der Technokratie stehen Lösungen, die niemand wirklich versteht – außer handverlesene Expertinnen und Experten in den europäischen Finanzministerien. Die Folge: Im Ernstfall tragen die Verantwortung alle – also niemand.

Griechenland oder Großbritannien fallen aus der Eurozone? Ein

#Graccident oder ein #Brexident. Eine Arbeitslosenquoten von über 20 Prozent in Südeuropa und der Bruch von Fiskalregeln? Unfälle. Alle sind zwar irgendwie beteiligt, aber niemand trägt wirklich die Verantwortung.

Richtig ist, dass wir einen europäischen Finanzminister brauchen, der Ordnung schafft. Und wir brauchen einen europäischen Finanzminister, der hin und wieder (oder automatisch) den Geldsäckel aufmacht. Wir brauchen auch nationale Strukturreformen, aber vor allem brauchen wir einen Euro-Finanzminister, den die Bürgerinnen und Bürger Europas abwählen können.

Das wäre eine wirkliche Weiterentwicklung und ein mutiger Schritt. Denn können wir überhaupt jemanden abwählen in der Europapolitik? Den Präsidenten des Europäischen Rates? Den Präsidenten der Euro-Gruppe? Den Präsidenten der Europäischen Zentralbank? Dreimal Nein.

Trauen wir es uns also doch zu. Wählen wir einen Euro-Finanzminister, der den Geldhahn auf- und zudrehen kann – automatisch, quasi-automatisch oder freihändig. Das wäre gut für die Eurozone. Die nämlich kann als Gemeingut nur funktionieren, wenn nationale Nullsummenspiele überwunden werden. Unter den 19 Mitgliedstaaten der Eurozone muss es mindestens eine Institution geben, die an alle denkt. Faktisch leben wir längst in einer Transferunion. Es wird deshalb höchste Zeit für einen demokratisch legitimierten Euro-Finanzminister, der die Verantwortung trägt.



Alexander Schellinger
Hamburg

Dr. Alexander Schellinger hat in New York und London Politik- und Wirtschaftswissenschaften studiert und wurde an der Universität Bremen promoviert. Er ist Mit-Herausgeber des Bandes Die Zukunft der Eurozone: Wie wir den Euro retten und Europa zusammenhalten. Bielefeld: Transcript Verlag, 2016.

6 LESERBRIEFE

Eberhard Denker schrieb am 09.02.2016

Nein - wir brauchen keinen Euro-Finanzminister! Der Artikel bringt kein echtes Argument für eine solche neue Institution. Er wäre genauso wenig durch die Bevölkerung der Euro-Staaten (das sind nicht einmal alle EU-Mitglieder) abwählbar wie alle anderen, die Autor Schellinger nennt. In den Augen vieler EU-Bürger fehlt es den europäischen Institutionen an Legitimation. Wie denn auch, wenn das EU-Parlament nur aller 5 Jahre gewählt werden darf und in Deutschland ein Abgeordneter knapp 1 Million Bürger vertritt. Kein Mensch ist in der Lage, das zu leisten! Zu weit weg von den Sorgen und Nöten der Bürger vor Ort, zu sehr eingebunden in den Betrieb zwischen Brüssel, Straßburg und .... Subsidiarität - Fehlanzeige. Lösungssuche - zentral gesteuert. Und damit zum Scheitern verurteilt.

Ingolf Pernice schrieb am 09.02.2016

Herr Schellinger hat Recht. Dabei wäre nur zu klären, welche Aufgaben der Finanzminister genau haben soll. Es

wäre auch dafür zu sorgen, dass die demokratische Kontrolle wirklich funktioniert. Hier steht das Kontrollrecht des EP im Vordergrund; da es ja auch um nationale Haushaltspolitiken geht, zB. bei der Konvergenz , wäre eine auch intensive Abstimmung des EP mit den nationalen Parlamenten im "Europäischen Parlamentsverbund" unerlässlich.
Ein solcher Umbau der EU ist dringlich. Er umfasst auch die europäische Steuer, über die ein deutlich höheres Budget der EU finanziert wird, zur Steigerung der finanziellen Verfügungsmasse. Die demokratische Verantwortlichkeit würde gesteigert, wenn der vom EP gewählte Kommissionspräsident zugleich der Präsident des Europäischen Rats wäre: Doppelhut.

Dr. Walter Ruhland schrieb am 09.02.2016

Richtig ist zunächst einmal, dass die Bürgerinnen und Bürger außen vor bleiben, wenn es um
Europa geht. Jedenfalls haben sie (die Deutschen) das Gefühl, europäische Politik finde ohne
sie statt. Die Beteiligung an Europawahlen ist ein immer wiederkehrender Beleg dafür.
Die Frage ist, ob ein Euro-Finanzminister, des abwählbar

ist, dazu beitragen könnte, dieses
Defizit abzutragen. Seine Wahl und Abwahl wäre ja eingebettet in nationale und europäische Strukturreformen. Ich bin skeptisch, dass die Bevölkerung in der heutigen Situation mitspielen würde. Vorausgehen müsste ein intensiver und wohl auch langwieriger Prozess, der die Grund-einstellungen der Menschen zu Europa und der EU in den Blick nimmt und verändert.

J. Rauter schrieb am 09.02.2016

Einen "Finanzminister", der den Geldhahn auf und zudreht? Den haben wir schon, er heißt Draghi. Ein Finanzminister ist jemand, der Fiskalpolitik macht. Diese Kompetenz ist sicher das Letzte was man nach Brüssel abgeben würde. Wie viele Seelen müsste er in seiner Brust haben, und welche darf sich durchsetzen? Wie beliebt man da ist, weis Schäuble. In einer Union, in der das pro Kopf BSP zwischen den Reichsten und den Ärmsten Ländern um den Faktor sieben schwankt (zwischen den USA-Bundesstaaten Faktor drei) und damit auch die Produktivität, die benötigt eine differenzierte Fiskalpolitik, was Weidmann wohl wollen müsste. Die

würde von den Betroffenen, den ökonomisch schwachen EU (Euro) Ländern - z.B. Thema Haushaltssanierung - , postwendend "demokratisch" abgewürgt.Was sagt Weidmann dazu?

Alexander Schellinger schrieb am 11.02.2016

Herr Weidmann hat freilich noch am gleichen Tag dementieren lassen:
http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/zukunft-der-waehrungsunion-weidmann-euro-finanzminister-nicht-durchsetzbar-14058544.html

Dafür hat aber der italienische Finanzminister nachgelegt:
http://www.politico.eu/article/eurozone-needs-finance-minister-padoan-economic-banking/

AT schrieb am 11.02.2016

Ich bezweifle, dass es sinnvoll ist, an den Europäischen Institutionen neuerlich "herumzuschrauben" oder gar neue wie den "Euro-Finanzminister" zu erfinden. Wie sollte er übergreifend legitimiert werden?

Was Europa m.E. vielmehr braucht, ist eine neue gemeinsame Vision, was das Konstrukt überhaupt leisten soll. Soll es eine Wirtschaftsunion auf Basis einer Freihandelszone sein oder eine solidarische, politische Union? Erst wenn wir uns hierüber einig sind, macht es Sinn, die Abstimmungsmechanismen, Regeln, und Institutionen darauf auszurichten. Alles andere führt - über kurz oder lang - nur zu neuen objektiven oder subjektiv empfundenen Ungerechtigkeiten.
